

Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen

Bundesteilhabegesetz Vertragsrecht / Leistungserbringungsrecht

Janina Bessenich
Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie CBP
Freiburg i.Br.

Vertragsrecht / Leistungserbringungsrecht

Rechtlicher Rahmen für Verträge zwischen
Leistungserbringern und Leistungsträgern der Eingliederungshilfe

*Individuelle Leistung versus pauschale Vergütung in
Landesrahmenverträgen/Vergütungsvereinbarungen*

Rahmenbedingungen im Vertragsrecht

**Vertragsrecht Bundesebene
(§§ 123 ff SGB IX seit dem 01.01.2018)**



Bundesempfehlungen



Landesrahmenvereinbarungen



**Leistungsvereinbarung /
Vergütungsvereinbarung**

**Wohn- und Betreuungsvertrag
Werkstattvertrag**

Inkrafttreten:

- **Vertragsrecht der Sozialhilfe SGB XII ab 1.01.2018
neues Vertragsrecht der EGH (§§ 123-134 SGB IX)**
- **Ab 01.01.2018 neues Bedarfsermittlungsverfahren
§§ 141-145 SGB XII / ab 01.01.2020 §§ 117 SGB IX**
- **Ab 01.01.2020 Sozialgerichtsbarkeit
ausdrücklich für SGB IX Teil 2 zuständig (SGG)**
- **Ab 01.01.2020: Teil 2 des SGB IX
neues Recht der Eingliederungshilfe
(Leistungsrecht)**

Vertragliche Grundlagen der Leistungserbringung :

- **Landesrahmenverträge**
(bundesweit unterschiedliche u.a. HH, Rheinland-Pfalz, NRW, Thüringen)
- **Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen** sowie
(unterschiedliche einrichtungsindividuelle Verträge)
- Wohn- und Betreuungsverträge / Werkstattverträge /
Verträge mit Besuchern von Tagesstätten etc.

Grundlagen der Leistungserbringung :

Leistungserbringungsrecht bestimmt die Rechte und Pflichten der Leistungsanbieter (§§ 123 ff SGB IX) gegenüber dem Träger der EGH

Die Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe erfolgt im. **Dreiecksverhältnis**:

Inhaltliche Änderungen im Leistungsrecht (seit 01.01.2020) müssen im Vertragsrecht (Geltung seit 01.01.2018) abgebildet werden

Vertragsrecht im Dreiecksverhältnis 01.01.2020

Leistungsberechtigter



Sozialhilfe



Leistungsträger

Leistungserbringer

Neues Vertragsrecht §§ 123 ff SGB IX

- **Sozialrechtliches Dreieck bleibt**
 - für Fachleistungen der EGH
 - nicht für existenzsichernde Leistungen
- **Aufhebung des Bruttoprinzips**
§ 137 Abs. 3 SGB IX Einführung des Nettoprinzips und keine Vorleistungspflicht des EGH-Trägers bezüglich der gesamten Leistung
- **Kein Vergaberecht**
- **Anerkennung der tariflichen Bezahlung**
§ 124 Abs. 1 S. 4 SGB IX

Neues Vertragsrecht §§ 123 ff SGB IX

- **Anpassung der Verträge**
an leistungrechtliche Neuerungen im SGB IX
(Fachleistungen der EGH)
an die Inhalte des Gesamtplans
nach § 121, 123 Abs. 4 SGB IX
Neue Vereinbarungen über Teilhabeleistungen /
Vergütung / Neue Vereinbarungen LE und LB
- **Möglichkeit Abweichender Vereinbarungen zur Vergütung § 132 SGB IX**
- **Neue Anforderungen an Leistungserbringer ab 2017**
Erweiterte Führungszeugnisse auch
im Erwachsenenbereich

Neues Vertragsrecht §§ 123 ff SGB IX

- **Beteiligung** der Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderung bei Rahmenverträgen § 131 Abs. 2 SGB IX
- **Beteiligung** der Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderung bei Schiedsstellen § 133 Abs. 5 Nr. 10 SGB IX
- Direkter **Vergütungsanspruch** des Leistungserbringers gegen den EGH-Träger

Neues Vertragsrecht §§ 123 SGB IX

- **Neues Leistungsrecht** ab 01.01.2020
- **Vergütungsrecht** - weiterhin Leistungspauschalen nach Gruppen mit vergleichbarem Hilfebedarf oder Stundensätze, auch für gemeinsame Inanspruchnahme
- **Gesamtplan** ist bei Leistungserbringung zu beachten
- Trennung Existenzsicherung / Teilhabe: **neue WBVG Verträge**
Ausnahme § 134 SGB IX

Neues Vertragsrecht §§ 123 SGB IX

- **Neues Leistungsrecht** ab 01.01.2020
- Gesetzliche Verankerung von **Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen**
Wirksamkeitsprüfungen § 128 SGB IX
- Gesetzliche Regelung zur **Vergütungskürzung** bei Vertragsverletzungen § 129 SGB IX

Neues Vertragsrecht §§ 123 SGB IX

- **Leistungsvereinbarung schiedsstellenfähig**
Schiedsstelle §§ 126 Abs. 2, 133 SGB IX für
Vergütung *und Leistung*
- Aufforderung zu Verhandlungen muss schriftlich erfolgen
- **Grundsätze des externen Vergleichs** gesetzlich geregelt § 124 Abs. 1 SGB IX
- **Schiedsstellenverfahren:**
Drei Monate Frist von schriftlicher Aufforderung zur
Verhandlung bis Antragstellung
Rückwirkung von Vereinbarungen
ausgeschlossen

Neues Vertragsrecht §§ 123 SGB IX

- **Landesrahmenverträgen sollen regeln u.a.:**
- **Höhe** der Leistungspauschale
Festlegung von Personalrichtwerten und anderen
Modellen zur Festlegung der personellen Ausstattung
Grundsätze und Maßstäbe für die **Wirtschaftlichkeit
und Qualität einschließlich der Wirksamkeit**
Verfahren zum Abschluss von Vereinbarungen
- Regelungen sollen das neue Leistungsrecht beinhalten
- Herausforderungen

Die Rahmenverträge bestimmen

1. die nähere Abgrenzung der den **Vergütungspauschalen** und -beträgen zugrunde zu legenden Kostenarten und –bestandteile sowie die Zusammensetzung der Investitionsbeträge,
2. den Inhalt und die Kriterien für die Ermittlung und **Zusammensetzung der Leistungspauschalen, die Merkmale für die Bildung von Gruppen mit vergleichbarem Bedarf** nach § 125 sowie die Zahl der zu bildenden Gruppen,

3. die Höhe der Leistungspauschale

4. die Zuordnung der Kostenarten und –bestandteile

5. die Festlegung von Personalrichtwerten oder anderen Methoden zur Festlegung der personellen Ausstattung,

6. die Grundsätze und Maßstäbe für die Wirtschaftlichkeit und Qualität **einschließlich der Wirksamkeit der Leistungen** sowie Inhalt und Verfahren zur Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen

7. das Verfahren zum Abschluss von Vereinbarungen.

Wesentliche Leistungsmerkmale :

1. der zu betreuende Personenkreis,
2. die erforderliche sächliche Ausstattung,
3. Art, Umfang, Ziel und Qualität der Leistungen
4. die Festlegung der personellen Ausstattung,
5. die Qualifikation des Personals sowie
6. soweit erforderlich, die betriebsnotwendigen Anlagen

Soweit die Erbringung von Leistungen nach § 116 Abs. 2 zu vereinbaren ist, sind darüber hinaus die für die Leistungserbringung **erforderlichen Strukturen** zu berücksichtigen.

CBP

Vergütungsvereinbarung § 125 SGB IX

Wesentliche Leistungsmerkmale :

- Die **Leistungspauschalen** sind nach Gruppen von Leistungsberechtigten mit vergleichbarem Bedarf oder Stundensätzen sowie für die gemeinsame Inanspruchnahme durch mehrere Leistungsberechtigte (§ 116 Absatz 2) zu kalkulieren.
- Abweichend von Satz 1 können **andere geeignete Verfahren** zur Vergütung und Abrechnung der Fachleistung unter Beteiligung der Interessenvertretungen der Menschen mit Behinderungen vereinbart werden

Gegenwärtige Landesrahmenverträge / pauschale Vergütungen

- Übergangsregelungen – Fortschreibung der Verträge / Fortschreibung der Leistungsentgelte bis 2022/2023

NRW- Umstellungsregelung

„Die bisher bewilligten Fachleistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen werden über den 01.01.2020 hinaus durch den zuständigen Träger sichergestellt.

Die Steigerung der Leistungsentgelte erfolgt für alle Leistungsbereiche der Eingliederungshilfe verfahrensmäßig analog der „Empfehlungsvereinbarung 2016 über ein pauschales Vergütungsverfahren in NRW“ unter Einbeziehung der Prognosen von Wirtschaftsinstituten zur Steigerung der Inflationsrate.

Gegenwärtige Landesrahmenverträge und die pauschale Vergütung und individuelle Leistung

§ 7 Leistungs- und Vergütungsvereinbarung Thüringen

*Die individuelle Vergütung pro Tag errechnet sich auf Basis eines Planungsstundensatzes (Höhe der Leistungspauschale) multipliziert mit der je Gruppe von Menschen mit Behinderung mit vergleichbarem Bedarf zugeordneten Anzahl der Planungsstunden pro Tag (Planungsstundensatz * Anzahl Planungsstunden pro Tag gemäß HBG = Vergütung pro Tag). Bestimmung der wesentlichen Leistungsmerkmale über Art, Ziel und Qualität der Leistung / neue Leistungen sind teilweise benannt aber nicht definiert*

- Mindeststandards über die personelle und sächliche einschließlich der Kosten für betriebsnotwendige / notwendigen Ausstattung / **Bezug auf die bisherigen Leistungen**

Gegenwärtige Landesrahmenverträge und die pauschale Vergütung und individuelle Leistung

§ 7 Leistungs- und Vergütungsvereinbarung Thüringen

Die **individuelle Vergütung** pro Tag errechnet sich auf Basis eines Planungsstundensatzes (Höhe der Leistungspauschale) multipliziert mit der **je Gruppe von Menschen mit Behinderung** mit vergleichbarem Bedarf zugeordneten Anzahl der Planungsstunden pro Tag (Planungsstundensatz * Anzahl Planungsstunden pro Tag gemäß HBG = Vergütung pro Tag).

Höchste HGB 7 ca. 15 Std. wöchentlich – als Ausgangspunkt

Gegenwärtige Landesrahmenverträge und Individuelle Bedarfsermittlung

- Übergangsregelungen /

§ 17 LRV Thüringen:

Ein im Einzelfall möglicher **Mehrbedarf ist im Rahmen der Gesamtvereinbarung grundsätzlich abgedeckt**. Sofern der Leistungserbringer im Übergangszeitraum nachweislich im Rahmen des vereinbarten Leistungsumfangs Landesrahmenvertrag des Freistaates Thüringen nach § 131 Abs. 1 SGB IX im Einzelfall eintretende zusätzliche Bedarfe nicht abdecken kann, ist im Rahmen eines Gesamtplanverfahrens zu prüfen, inwieweit Zusatzbedarfe bestehen. Sofern diese bestehen, sind sie entsprechend leistungspflichtig abzubilden.

Gegenwärtige Landesrahmenverträge:

- Übergangsregelungen /
- Grundsätze über die Vergütung mit der Bestimmung der wesentlichen Bestandteile der Kalkulation - **Bezug auf die bisherigen Leistungen**
- Leistungserbringung „im Rahmen des Gesamtplanverfahrens“

Leistungsvereinbarungen/ Vergütungsvereinbarungen : zwischen Leistungsträger und Leistungserbringer

- Umsetzung des individuellen Leistungsanspruchs des LB / bisher fehlende individuelle Bedarfsermittlung und daher keine Feststellung der individuellen Leistungen
- Die Leistungserbringung muss ausreichend (bedarfsgerecht) sein (Umfang der Leistung) und leistungsgerecht vergütet sein (Vergütung) auf der Grundlage des Landesrahmenvertrages
- **Bezug auf die bisherigen Leistungen**
- Die Vereinbarung stellt ein *vergleichbares Leistungsniveau und eine vergleichbare Qualität* durch die Festlegung von Leistungsinhalten sicher („gleiche Vergütung für gleiche Leistungen“)
Bezug auf die bisherigen Leistungen

Herausforderungen bei der Umsetzung des BTHG

1. BTHG bedeutet einen „Systemwechsel“ in der Eingliederungshilfe bei der Leistungserbringung

2. die neue EGH beschränkt sich auf die Fachleistungen, die inhaltlich noch nicht definiert sind

die pauschalen Vergütungen nach HGB / Leistungstypen

3. Trennung der Leistungen wird in Übergangsregelungen geregelt (ohne die neuen Leistungen inhaltlich zu definieren, (teilweise nur Abzug von festen Beträgen – Existenzsicherung – von den bisherigen Vergütungspauschalen)

Leistungserbringungsrecht/Vertragsrecht

- **Kürzung der Leistungsentgelte / Vergütungen** als „minderschwere Maßnahme bei Vertragsverletzungen“ ☹
§ 129 SGB IX ein gesetzliches Kürzungsrecht bei nicht vertragsgerechter Leistungserbringung
- Im Streitfall entscheidet über die Höhe der Kürzung die Schiedsstelle.
- **Landesweite Pauschalen?**
Regelung in Landesrahmenverträgen beachten (Höhe der Leistungspauschale?)

„Experimentierklausel“ § 132 SGB IX:

Abweichende Zielvereinbarungen

(1) Leistungsträger und Träger der Leistungserbringer können Zielvereinbarungen zur Erprobung neuer und zur Weiterentwicklung der bestehenden Leistungs- und Finanzierungsstrukturen abschließen.

(2) Die individuellen Leistungsansprüche der Leistungsberechtigten bleiben unberührt.



Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Janina Bessenich

stellv. Geschäftsführerin und Justiziarin

Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie CBP

Reinhardtstr. 13, 10117 Berlin

E-Mail: janina.bessenich@caritas.de